

Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, auch weiterhin alle Vorschläge der Sowjetunion und der Regierung der DDR zur friedlichen Lösung der deutschen Frage ab, so vor allem das von der UdSSR auf der Berliner Konferenz der vier Außenminister 1954 vorgelegte konstruktive Programm. Nachdem in erster Linie durch den Kampf der französischen Werktätigen die EVG gescheitert war, beschleunigten die Bonner Machthaber verstärkt die Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands. Im Oktober 1954 Unterzeichnete Adenauer die Pariser Verträge, wodurch die Aufrüstung legalisiert und im Mai 1955 die Westzone in die aggressive NATO einbezogen wurde. Damit gab die Adenauerclique offiziell jede eigene deutsche Politik preis und verriet die nationalen Interessen Deutschlands an den USA-Imperialismus. Dieser Staatsstreich war der brutalste Schlag des Adenauerregimes gegen die Interessen der Nation. Er brachte zum Ausdruck, daß die deutschen Imperialisten die Periode der Stabilisierung ihrer Macht für abgeschlossen hielten und nunmehr zu einer Politik der aggressiven, kriegerischen Lösung der deutschen Frage auf ihre Weise überzugehen gedachten. Der Antikommunismus und der Revanchismus wurden von der Adenauerclique zur offiziellen Staatspolitik erhoben.

Auf Kosten der Bevölkerung der DDR und der westdeutschen Steuerzahler entwickelte sich Westberlin zum vorgeschobenen Posten des NATO-Militärblocks im kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder. Damit wurde die Spaltung Berlins weiter vertieft.

Das Adenauerregime und die rechten Führer der Sozialdemokratie vermochten unter Ausnutzung des „Wirtschaftswunders“ in Westdeutschland einerseits, der zeitweiligen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus in der DDR andererseits, große Teile der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung Westdeutschlands über die Gefahren der Wiedererrichtung des Militarismus hinwegzutäuschen. Es gelang ihnen jedoch nicht, die Volksbewegung für eine friedliche Lösung der deutschen Frage völlig zu unterdrücken.

Die KPD gab dem Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte in Westdeutschland Richtung und Ziel (Programm der nationalen Wiedervereinigung 1952, Beschlüsse des Hamburger Parteitages 1954). Sie trat beharrlich für die Verständigung aller Deutschen guten Willens ein, um den in- und ausländischen Imperialisten das Bündnis aller patriotischen Kräfte entgegenzustellen und im gemeinsamen Kampf die Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung zu erreichen. Dank ihrem Kampf für die politischen und sozialen Interessen des Volkes konnte sie ihren zeitweilig zurückgegangenen Einfluß allmählich wieder festigen. In bedeutenden Aktionen